

Antrags-Nr.: 1.10.1

Thema: Familien müssen solidarisch und dauerhaft abgesichert werden!

Antragsteller: Zukunftsforum Familie e.V.

1 **Die Bundeskonferenz möge beschließen:**

2

3 **„Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung**
4 **übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“**

5

6 Insbesondere in den vergangenen Monaten der Corona-Pandemie wurde deutlich,
7 dass Familien unsere Gesellschaft zusammenhalten: Sie sorgen sich um Kinder, Ju-
8 gendliche und zu pflegende Angehörige, sie unterstützen in der Nachbarschaft, sie
9 sind zentrale Orte der Bildung und der Demokratie – und all das geschieht zusätzlich
10 zur Erwerbsarbeit, die teilweise von zu Hause aus erledigt wird. Dabei sind die Her-
11 ausforderungen an Familien, auch über die Pandemie hinaus, gewachsen: Zuneh-
12 mende soziale Spaltung und Armut, Diskriminierungen auf Grund von Herkunft, Bil-
13 dungsstand, sexueller Orientierung und Identität oder der Familienform, mangelnde
14 Regelungen zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie teilweise fehlen-
15 de Unterstützung bei der Bildung der Kinder oder der Pflege von Angehörigen.

16 In der Krise wurde aber auch deutlich, wie wichtig es für Familien ist, Zeit für das
17 Familienleben zu haben, die finanziell abgesichert ist und einer eigenständigen Exis-
18 tenzsicherung nicht entgegensteht.

19 Gleichzeitig erleben Kinder, Jugendliche oder Erwachsene – überwiegend Frauen –
20 die eigene Familie immer häufiger als einen Ort der psychischen oder physischen
21 Gewalt und es stehen ihnen nicht ausreichend Angebote zum Schutz zur Verfügung.
22 Viel zu oft zieht sich der Staat aus seiner Verantwortung gegenüber Familien und
23 ihren Mitgliedern zurück und lässt sie bei der Organisation von Fürsorge alleine.

24

25 **Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und ihr familienpolitischer Fachverband, das Zu-**
26 **kunftsforum Familie e.V. (ZFF) unterstreichen die herausragende Bedeutung**
27 **von Familien in unserer Gesellschaft als eine zentrale Grundlage unseres Zu-**
28 **sammenlebens. Wir fordern alle Akteur*innen in Politik, Wirtschaft und Zivilge-**
29 **sellschaft auf, familiäre Fürsorge solidarisch und dauerhaft abzusichern!**
30 **Zu einer dauerhaften solidarischen Absicherung aller Familien gehört es,**

31

32 **• die Belange von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen!**

33 Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind und jede*r Jugendliche in Wohlergehen
34 aufwachsen kann. Das bedeutet, dass dieses Aufwachsen materiell und gesundheit-
35 lich abgesichert ist, dass die Kinder und Jugendlichen faire Chancen in ihren Bil-
36 dungsverläufen haben und sie sich in ihrer Freizeit sowie in ihrer sozialen Umwelt
37 entfalten können. Wir unterstreichen die Bedeutung der Aufnahme von Kinderrechten
38 ins Grundgesetz, insbesondere der Rechte auf Entwicklung, Entfaltung, Partizipation
39 und Schutz. Diese Rechte stehen dabei nicht im Widerspruch zu Elternrechten, im

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

40 Gegenteil: Sie bestärken Eltern in ihrem Auftrag, für ihre Kinder ein Aufwachsen in
41 Wohlergehen zu ermöglichen und fordern den Staat auf, dieses zu unterstützen.

42

- 43 • **Familien als Expert*innen in eigener Sache von Anfang an gut zu begleiten!**

44

45 Familien brauchen gute Unterstützung von Beginn des Familienlebens an. Die AWO
46 leistet einen Beitrag durch ihre Angebote der Frühen Hilfen, der Familienbildung, der
47 Kindertagesbetreuung, in Beratungsstellen, in der Schulsozialarbeit, in der Über-
48 gangsbegleitung in den Beruf oder auch in Sozial- und Pflegeberatungsstellen. Diese
49 niedrigschwellige Beratung und Begleitung müssen gestärkt und ausgebaut werden.
50 Bei allen Angeboten ist es eine zentrale Gelingensbedingung, die Familien selbst zu
51 Wort kommen zu lassen und sie in die Gestaltung mit einzubeziehen. Dies gilt dar-
52 über hinaus auch für Bildungsangebote wie die Kindertagesbetreuung und die Schu-
53 le.

54

- **die monetäre Familienförderung sozial gerecht auszugestalten!**

55 Seit vielen Jahren setzen sich die Arbeitswohlfahrt, das ZFF und viele weitere Ak-
56 teur*innen auf der Bundesebene für eine einkommensabhängige Kindergrundsiche-
57 rung ein. Die Zeit ist reif, die Familienförderung endlich vom Kopf auf die Füße zu
58 stellen und Kinder, Jugendliche und ihre Familien solidarisch und sozial gerecht ab-
59 zusichern. Darüber hinaus dürfen auch in der Bildung – angefangen bei der Famili-
60 enbildung, über die frühkindliche Bildung bis hin zur Schule und Ausbildung bzw.
61 dem Studium – keine finanziellen Hürden wie bspw. Gebühren den Weg zu einer
62 chancengerechten Teilhabe verstellen. Wir setzen uns zudem für eine soziale
63 Grundsicherung ein, die diesen Namen wirklich verdient und Menschen auskömmlich
64 absichert.

65

- **alle Regelungen abzubauen, die einer geschlechtergerechten Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit entgegenstehen!**

66

68 Nach wie vor tragen Frauen die Hauptlast der privaten Fürsorgearbeit und sind daher
69 überwiegend teilzeiterwerbstätig, mit teilweise gravierenden Folgen für ihre aktuelle
70 und künftige Existenzsicherung. Die Gründe dafür liegen vor allem in falschen Anrei-
71 zen wie dem Ehegattensplitting, der beitragsfreien Mitversicherung von Ehe- oder
72 Lebenspartner*innen in der gesetzlichen Krankenversicherung, dem Konstrukt der
73 Minijobs und dem immer noch zu geringen Mindestlohn. Diese sorgen dafür, dass
74 Familien oftmals finanziell schlechter gestellt sind, wenn sich die Eltern die Erwerbs-
75 und Sorgearbeit partnerschaftlich aufteilen. Hinzu kommt, dass in vielen Köpfen (von
76 Männern wie von Frauen) nach wie vor das Bild besteht, dass Fürsorge eher von
77 Frauen zu leisten sei. Gleichzeitig schaffen viele Arbeitgeber*innen keine passenden
78 Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

79 Gemeinsam machen wir uns dafür stark, Bilder und Regelungen, die Anreize für eine
80 vergeschlechtlichte Arbeitsteilung setzen, abzubauen und die Leitidee einer partner-
81 schaftlichen Vereinbarkeit zu verankern. Die Ausweitung der (verpflichtenden) Part-
82 nerschaftsmonate beim Elterngeld, die Einführung einer zusätzlichen Väterfreistel-
83 lung nach der Geburt eines Kindes und die Einführung einer Familienarbeitszeit mit
84 Familiengeld sind hier der richtige Weg. Ebenso braucht es einen Übergang zu einer
85 Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag und Möglichkeiten des
86 eigenständigen Zugangs zur Kranken- und Pflegeversicherung für Verheiratete bzw.
87 Verpartnerte während sorgebedingter Auszeiten aus der Erwerbsarbeit. Darüber hin-

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

18.-19. Juni

88 aus setzen wir uns für die Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige
89 Beschäftigungsverhältnisse, eine breite Tarifbindung und die Anhebung des gesetzli-
90 chen Mindestlohns ein.

91

92 • **die Vielfalt des Familienlebens als gleichberechtigt anzuerkennen!**

93 Unser weiter Familienbegriff macht es deutlich: Familie ist eine Gemeinschaft der
94 Fürsorge. Diese findet statt in verheirateten Gemeinschaften mit Kindern – unabhän-
95 gig vom Geschlecht oder der sexuellen Identität der Eltern –, aber auch bei Ein-
96 Eltern-Familien, getrennt Erziehenden, Patchwork-Familien, bei erwachsenen Kin-
97 dern, die ihre Eltern pflegen, bei unverheirateten Lebensgemeinschaften u. v. m.
98 Wichtig ist, dass sie dauerhaft Verantwortung übernehmen und Zuwendung schen-
99 ken. Wir setzen uns dafür ein, dass alle, die dieses leisten, rechtlich und sozial abge-
100 sichert sind.

101 Dazu gehören Reformen im Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrecht. Ziel muss es
102 sein, dass vielfältige Modelle von Elternschaft auch nach einer Trennung gelebt wer-
103 den können, wenn sie im Sinne des Kindes bzw. der Kinder gestaltet sind und ihr
104 Wohl in den Mittelpunkt rücken. Besonders wichtig ist uns eine ausreichende finansi-
105 elle Absicherung der Kinder, die umfassende Beratung und Begleitung aller Beteilig-
106 ten im Trennungsprozess sowie bessere Zugänge zum „kleinen Sorgerecht“. Grund-
107 sätzlich gilt für uns, dass Gewaltschutz bei allen Fragen der Sorge und des Umgangs
108 Vorrang haben und dies in Reformüberlegungen klargestellt werden muss.

109 Unsere Solidarität gilt insbesondere Alleinerziehenden und wir kämpfen für eine bes-
110 sere rechtliche und finanzielle Absicherung in Form von Sozialleistungen, steuerli-
111 cher Förderung und Unterstützung in der Betreuung der Kinder, die den Elternteilen
112 – meist Müttern – eine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht. Gleiches gilt
113 auch für Familien mit mehr als zwei Kindern, denn sie stehen oftmals vor ähnlich
114 großen Herausforderungen in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie bei ihrer
115 Existenzsicherung.

116 Als AWO und ZFF sind wir davon überzeugt, dass gute Elternschaft und Fürsorge
117 nicht von der sexuellen Identität oder Orientierung abhängen. Wir setzen uns daher
118 für ein Abstammungsrecht ein, welches die gleichberechtigte Elternschaft queerer
119 Elternteile ab Geburt des Kindes ermöglicht, konkret die Absicherung von Zwei-
120 Mütter-Familien ab Geburt.

121

122 • **die Pflege von Angehörigen solidarisch abzusichern!**

123 Pflegende Angehörige müssen besser als bisher und solidarisch abgesichert werden.
124 Dafür hat sich die AWO im unabhängigen Beirat des Bundesfamilienministeriums zur
125 Vereinbarkeit von Pflege und Beruf engagiert und ein Modell einer Pflegezeit, wel-
126 ches dem der Elternzeit mit Elterngeld ähnelt, mitentwickelt. Bislang greifen die Re-
127 gelungen zu bezahlten oder unbezahlten Freistellungen nach dem Pflege- und dem
128 Familienpflegezeitgesetz viel zu kurz. Wichtig ist uns als AWO und ZFF darüber hin-
129 aus, dass solche Modelle Frauen nicht zusätzlich belasten, eine partnerschaftliche
130 Vereinbarkeit ermöglichen und (mindestens) eine Teilzeiterwerbstätigkeit zulassen.
131 Neben der familiär erbrachten Pflege unterstreichen wir die zentrale Rolle ambulan-
132 ter und (teil-) stationärer Unterstützungsangebote. Wir wissen, wie gute Pflegebera-
133 tung, Tagespflege, Kurzzeitpflege und mobile Unterstützung aussehen kann. Wir tre-
134 ten dafür ein, diese Angebote, die einen „Mix“ aus privater und ambulanter Pflege
135 möglich machen, zu stärken, um pflegende Angehörige vor Ort zu entlasten.

136

137 • **allen Menschen ein Recht auf Familie zu gewähren!**

138 Wir geben uns nicht damit zufrieden, dass nach wie vor täglich Familien – Väter,
139 Mütter, Kinder, Großeltern u. v. m. – an den Außengrenzen Europas darauf warten,
140 einreisen zu dürfen und endlich in Sicherheit zu leben. Die Kontingentierung des
141 Familiennachzugs, wie sie die aktuelle große Koalition auf Bundesebene beschlos-
142 sen hat, ist ein humanitäres Armutszeugnis! Wir setzen uns dafür ein, dass diese
143 Kontingentierung aufgehoben wird, die in der Corona-Krise angestauten Anträge auf
144 Familienzusammenführung schnellstmöglich abgearbeitet und Familien sichere Ein-
145 reisemöglichkeiten nach Europa geschaffen werden. Mit Blick auf unseren weiten
146 und auf Fürsorge ausgerichteten Familienbegriff treten wir darüber hinaus dafür ein,
147 den Angehörigenbegriff auszuweiten und so die Übernahme von Fürsorgeverantwor-
148 tung auch für Großeltern, Onkel, Tanten u. W. möglich zu machen.

149
150

• **Fürsorge im gesamten Lebensverlauf möglich zu machen!**

151 Wir erleben tagtäglich, was es bedeutet, Fürsorge zu übernehmen und verlässlich für
152 andere da zu sein. Wir wissen daher auch, dass Fürsorge nicht aufhört, wenn Kinder
153 in die Kita gehen und nicht erst dann wieder beginnt, wenn die eigenen Eltern pfl-
154 gebedürftig werden. Fürsorge, d. h. die Sorge für sich selbst und andere („Care“), ist
155 damit ein lebenslanges Thema.

156 Es ist für uns daher unbedingt notwendig Modelle weiter zu entwickeln, welche die
157 Ausübung von Sorge über den gesamten Lebensverlauf hinweg ermöglichen und
158 einen Rechtsanspruch auf Zeit für Sorge schaffen. Diese Modelle sollten Zeiten der
159 (Selbst-)Sorge, für die Kinderbetreuung, die Begleitung von Jugendlichen und jungen
160 Erwachsenen, eigene Fort- und Weiterbildung, bürgerschaftliches Engagement und
161 die Pflege von Angehörigen miteinander in Verbindung setzen und finanziell absi-
162 chern. Dabei ist es für uns selbstverständlich, dass diese Auszeiten nicht nur denje-
163 nigen zustehen, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen.
164 Auch Familien in der Grundsicherung und freiberuflich bzw. selbstständig Tätige
165 müssen anspruchsberechtigt sein und gleichzeitig, je nach Möglichkeit, zur solidari-
166 schen Finanzierung solcher Auszeiten beitragen. Hierzu werden der AWO Bundes-
167 verband e.V. und das ZFF in den kommenden Jahren Austauschformate innerhalb
168 des Gesamtverbandes organisieren, die sich v. a. an die Mitglieder richten.

169

Begründung:

170
171

172 Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) kämpft seit vielen Jahren gemeinsam mit ihrem fami-
173 lienpolitischen Fachverband, dem Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), für eine solidari-
174 sche und geschlechtergerechte Absicherung aller Familien ein. Insbesondere in den
175 vergangenen Monaten der Corona-Pandemie haben wir gesehen, wie schnell zwar
176 über Familie gesprochen, ihre Absicherung, v. a. die armer Familien, jedoch vernach-
177 lässigt wird. Familien wurden vielfach alleine gelassen in der Bewältigung von Für-
178 sorge, Homeschooling und Homeoffice. Gleichzeitig stiegen die Zahlen häuslicher
179 Gewalt gegenüber Kindern und Erwachsenen – überwiegend Frauen. Auch gehören
180 Kinder und Jugendliche mit ihren eingeschränkten Rechten auf Bildung, Freizeit und
181 sozialem Austausch zu den Verlierer*innen der Krise.

182 Frauen sind mit der geschlechterpolitischen „Rolle rückwärts“ konfrontiert: Sie über-
183 nehmen nach wie vor die Hauptlast der unbezahlten Fürsorgearbeit, ihr Kurzarbei-
184 tergeld wird seltener aufgestockt und sie nehmen den größten Anteil an Kinderkrank-
185 tagen oder sonstigen Freistellungsinstrumenten für die Betreuung von Kindern und

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

186 pflegenden Angehörigen in Anspruch. Der „Gender Care Gap“ – die Zahl, die anläss-
187 lich des zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung 2019 errechnet wurde
188 und eine Ungleichverteilung von privater Sorgearbeit von 52,4 Prozent (oder rechne-
189 risch 87 Minuten täglich) zu Lasten der Frauen ausweist, unterstreicht dies eindrück-
190 lich. Bei Müttern in Paarhaushalten lag dieser sogar bei 83,8 Prozent, d. h. bei täglich
191 2 Stunden und 30 Minuten mehr unbezahlte Sorgearbeit als Väter, und es ist davon
192 auszugehen, dass sich diese Lücke in der Krise weiter vergrößert hat. Der „Gender
193 Pension Gap“, welcher aufzeigt, dass Frauen aktuell im Durchschnitt eine um 46
194 Prozent niedrigere Rente erhalten als Männer, rundet das Bild ab.

195
196 **„Wir streiten für eine politische, gesellschaftliche und geschlechtergerechte**
197 **Neuorganisation, die selbstbestimmte Entscheidungen über die Verwirklichung**
198 **von Sorgearbeit ermöglicht. Staat, Wirtschaft, Familie und Zivilgesellschaft**
199 **sind in der Verantwortung, gemeinsam gute Bedingungen für Sorgearbeit zu**
200 **schaffen. Menschen haben ein Recht, ihre private Sorgearbeit wahrzunehmen**
201 **und mit ihrem Beruf sowie ihrem Engagement zu vereinen.“**, so steht es im
202 AWO-Grundsatzprogramm.

203 Dafür gilt es aktuelle familienpolitische Regelungen und Denkmuster zu überprüfen,
204 auszuweiten und langfristig in ein Gesamtsystem zu überführen, welches Fürsorge-
205 arbeit über den Lebensverlauf hinweg solidarisch und dauerhaft absichert.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Beschluss:

- Nichtbefassung
- Annahme
- Überweisung an das Präsidium
- Ablehnung